

## Kreis steigt nicht ein in Wohnungsbau

### Sozialer Wohnungsbau

Der Landkreis Ludwigsburg wird keine eigene Baugesellschaft gründen.

**Landkreis Ludwigsburg.** Der Ruf nach sozialem Wohnbau wird immer lauter. Eine Kreiswohnbaugesellschaft wird es allerdings nicht geben. Das ist laut Landratsamt das Ergebnis einer Fachtagung im Kreishaus am Dienstag, die sich mit der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum beschäftigt hat – und der Frage, was der Landkreis beitragen kann. Eingeladen zu der Informationsveranstaltung waren alle Kreisräte und Bürgermeister sowie Vertreter der Wohnungswirtschaft und die Liga der freien Wohlfahrtspflege.

### Hoher Kapitalbedarf

Auf BZ-Nachfrage begründet die Kreisverwaltung die Entscheidung der Mehrheit der Anwesenden gegen eine Kreiswohnbaugesellschaft unter anderem damit, dass die Gründung einer derartigen Gesellschaft erhebliches finanzielles Kapital bedürfe und nur dann Sinn ergäbe, wenn sie nutzbare Grundstücke besäße. Der Grundstückspreis ist entscheidend dafür, dass günstiger Wohnraum gebaut werden kann. Bei dem Aufbau einer Kreiswohnbaugesellschaft müsste laut Kreisverwaltung außerdem fachlich gut qualifiziertes Personal akquiriert und ein entsprechender Apparat aufgebaut werden. Wie ein Teilnehmer der Sitzung der BZ sagte, würde es mindestens drei Jahre dauern, bis eine entsprechende Kreiswohnbaugesellschaft „aktionsfähig“ wäre.

### Vorbild aus Karlsruhe

Diese Ressourcen sind bei den bereits bestehenden Wohnungsbau-gesellschaften der Kommunen bereits vorhanden, heißt es aus dem Kreishaus. Man solle daher mehr auf Kooperationen setzen, war die einhellige Meinung unter den Teilnehmern. Landrat Rainer Haas könne sich eine „konzertierte Aktion für bezahlbaren Wohnraum“ aus Sozialverbänden privaten Wohnbauträgern und dem Landratsamt vorstellen. Wie im Landkreis Böblingen sollten gemeinsam Möglichkeiten ausgelotet werden. Auch solle ein Modell aus Karlsruhe genauer in den Blick genommen werden. Dort akquiriert die Fachstelle für Wohnraumsicherung leerstehenden Wohnraum.

Eine Nachahmung dieses wie des Böblinger Modells forderte die SPD-Fraktion des Kreistages in einem Folgeantrag – beim Karlsruher Modell zumindest die Prüfung. Selbst falls die Kosten-Nutzen-Analyse entsprechend des Vortrages eines Karlsruher Dozenten „nicht so positiv“ sei, erwartet die SPD eine Entlastung des Sozialhaushalts.

*Martin Tröster*